

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Infectionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

### Abonnement

vierteljährlich 1 M. 20 Pf. einschließl.  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Nr. 74.

Donnerstag, den 25. Juni

1903.

### Vormusterung der Pferde und Fahrzeuge betr.

Mittwoch, den 1. Juli 1903, vormittag 1/10 Uhr

findet auf der Wildenthaler Staatsstraße vom Dörfelschen Sägewerke ab  
nach Wildenthal zu eine Vormusterung der in der Stadt Eibenstock vorhan-  
denen Pferde und Fahrzeuge (Lastwagen) statt.

Die Aufstellung der Pferde und Fahrzeuge hat nach Maßgabe der Pferde- und  
Fahrzeugverzeichnisse mindestens 1 Stunde vor der festgesetzten Zeit, also 1/2 Uhr  
zu erfolgen.

Jeder Pferdebesitzer ist verpflichtet, zu der angeordneten Musterung

- 1) seine bei der letzten hier abgehaltenen Musterung im Jahre 1901  
als kriegsunbrauchbar befundenen Pferde, sowie
- 2) seine seit der letzten Musterung (seit August 1901) neu hinzugekom-  
menen Pferde, insoweit solche nicht unter die nachstehend unter a  
bis i aufgeführten Arten zu rechnen sind, und
- 3) seine in gutem und brauchbarem Zustande befindlichen Fahrzeuge  
(vom mittleren Erntewagen bis zu dem schweren Lastwagen)

dem militärischen Pferdevormusterungs-Kommissar zur angegebenen Zeit am Musterungs-  
platze vorzuführen, beziehentlich was die Fahrzeuge anbelangt, letztere an dem von den  
städtischen Polizeiorganen anzuweisenden Platze in der Nähe des Musterungsortes auf-  
zustellen.

Die zum Ordnen und Vorführen der Pferde erforderliche Anzahl von Leuten ist mit  
zur Stelle zu bringen.

Die Pferde sind blank auf Trense mit 2 Zügeln vorzuführen.

Die Hufe der Pferde müssen gereinigt, dürfen aber nicht geschmiert oder gefärbt sein.

Von der Vorführung sind ausgenommen

- a. die unter 4 Jahre alten Pferde,
- b. die Flegel,
- c. die Stuten, die entweder hochtragend sind, oder innerhalb der letzten 14 Tage  
abgefohlt haben,
- d. die Vollblutstuten, die im „Allgemeinen Deutschen Gestütbuch“ oder den dazu  
gehörigen offiziellen — vom Unionklub geführten — Listen eingetragen und von  
einem Vollbluthengst laut Deckschein belegt sind, auf Antrag des Besitzers,
- e. die Pferde, welche auf beiden Augen blind sind,

- f. die Pferde, welche in Bergwerken dauernd unter Tage arbeiten,
- g. die Pferde, welche wegen Erkrankung nicht marschfähig sind oder wegen An-  
steckungsgefahr den Stall nicht verlassen dürfen,
- h. die Pferde, welche bei einer früheren hier abgehaltenen Musterung als dauernd  
kriegsunbrauchbar bezeichnet worden sind,
- i. die Pferde unter 1,50 m Bandmaß.

Im übrigen sind von der Vorführung der Pferde befreit:

Offiziere, Beamte im Reichs- und Staatsdienste hinsichtlich der zum Dienst-  
gebrauche, sowie Ärzte und Tierärzte hinsichtlich der zur Ausübung ihres Be-  
rufes notwendigen Pferde und Posthalter hinsichtlich derjenigen Pferdezahl, welche  
von ihnen zur Beförderung der Posten kontraktmäßig gehalten werden muß.

Ueber die Reihenfolge der Vorführung der Pferde sowohl, als auch über die Bestimmung  
der Fahrzeuge werden den Besitzern im Laufe dieses Monats noch nähere Anordnungen  
zugehen. Letztere sind strengstens zu befolgen.

Pferdebesitzer, welche ihre gestellungspflichtigen Pferde und Fahrzeuge nicht rechtzeitig  
oder nicht vollständig vorführen, haben in jedem einzelnen Fall die in § 27 des Kriegs-  
leistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 angeordnete Geldstrafe bis zu 150 Mark und außerdem  
noch zu gewärtigen, daß auf ihre Kosten eine zwangsweise Herbeischaffung der nicht ge-  
stellten Pferde und Fahrzeuge vorgenommen wird.

Der bei der Pferde- und Fahrzeugvormusterung zur Aufrechterhaltung der Pferde  
aufgestellten Gendarmerie und Schutzmansschaft ist unweigerlich Folge zu leisten.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden mit Geldstrafe bis zu  
150 Mark beziehentlich mit entsprechender Haft bestraft.

Stadtrat Eibenstock, den 10. Juni 1903.

J. B.: Justizrat Landrod.

Müller.

### Gefunden

und anher abgegeben wurden die nachverzeichneten Gegenstände. Die Empfangsberechtigten  
wollen sich baldigst an Ratshof melden.

Stadtrat Eibenstock, am 22. Juni 1903.

Hesse.

3 Gelddörfen mit Inhalt, 1 weißes Taschentuch mit mehreren Geldstücken, 1 Fünf-  
markschein, 1 roter Kinderhut (Hülz), 1 Tabakspfeife, 1 Damengürtel, 2 Nadelklemmer,  
1 Taschmesser und 1 kleiner Handwagen.

### Das Beispiel Frankreichs.

Dem ungeheuren Geschrei gegenüber, das die Sozialdemo-  
kratie im Wahlkampfe wegen der geplanten Erhöhung der Ge-  
treidezölle erhob, ist es nützlich, auf einen Zwischenfall in Frank-  
reich hinzuweisen, der das maßlos übertriebene der sozialdemo-  
kratischen Agitation zeigt und beweist, daß man in der französischen  
Republik auch unter dem radikalsten Ministerium den Nutzen der  
Getreidezölle wohl zu würdigen versteht.

Frankreich, das vor 12 Jahren unter des Hochschützöllners  
Méline Führung eine autonome Abschließungspolitik ohne Han-  
delsverträge durchzuführen wollte, hat seit 1894 einen Getreidezoll  
von 7 Francs, der also noch höher ist, als der im deutschen  
Zolltarif vorgesehene Zoll von 5 M. für Roggen und 5 1/2 M.  
für Weizen. Bei außerordentlich gestiegenen Preisen ist dieser  
7 Francs-Zoll schon einige Male vorübergehend aufgehoben wor-  
den. Unlangst brachten Pariser Abgeordnete wieder einen Antrag  
auf zeitweilige Ermäßigung auf 5 Francs vor die Kammer. Noch  
mehr als die mit erdrückender Mehrheit — 422 gegen 121  
Stimmen — erfolgte Ablehnung dieser „Proterbilligung“ sind  
die dabei geltend gemachten Gesichtspunkte und Gründe lehrreich.

Freihändler wie Schützöllner waren gegen den Antrag.  
So bekämpfte ihn Abgeordneter Debussy „namens der ganzen  
Zollkommission, sogar namens ihrer freihändlerischen Mitglieder.“  
Der zur Zeit geltende Getreidepreis von 25 Francs (etwa 20 M.)  
sei normal; zu diesem Preise könne jedermann Brot essen. Seit  
dem Gesetze über die zeitweilige Zulassung stelle die Landwirt-  
schaft selbst die Getreidepreise fest. „So dürfen wir sie nicht  
beunruhigen, denn sie ist es, welche die Kraft unseres Landes  
ausmacht, und für die landwirtschaftlichen Arbeiter müssen wir  
ebenfalls besorgt sein wie für die anderen.“ Von der Zollherab-  
setzung würden nur die fremden Spekulanten Nutzen haben.

Ebenso bestimmt erklärte der Landwirtschaftsminister Rougeot,  
die Regierung weise den Antrag zurück; sie erachte, daß ein Ge-  
treidepreis, der zwischen 23 und 25 Francs schwante, nicht zu  
hoch sei. Nur bei einem Preise von 25 Francs, das sei festge-  
stellt, sei die Landwirtschaft einträglich und habe der Landwirt  
einen berechtigten Verdienst. Kehlich sprach Méline, der her-  
vortrat, daß vor 1880, als noch kein Getreidezoll existierte, der  
Preis 29 Francs betrug, und daß Frankreich nicht den Weg  
Englands gehen wolle, wo die Landwirtschaft ruiniert sei. Dabei  
hat Frankreich viel weniger Großgrundbesitz als Deutschland und  
fast nur kleinere und mittlere Bauern, die nach der Lehre unserer  
Freihändler von den Getreidezöllen keinen Vorteil haben.

Von besonderem Interesse ist eine Statistik, die der französische  
Landwirtschaftsminister vorher veröffentlicht hatte. Darnach kostete  
der Doppelpentner Getreide in Paris 25 Francs 25 Centimes,  
gleichzeitig in Breslau 18 Francs 20 Centimes. Also in Frank-  
reich müssen die Arbeiter Getreide und Brot um mehr als ein  
Drittel teurer zahlen als in Breslau und im größten Teile  
Deutschlands. Trotzdem haben vor zwei Jahren die hohen Ge-  
treidezölle bei den französischen Neuwahlen, die unter dem sozialisti-  
schen Ministerium Waldeck-Roussseau-Millerand stattfanden, fast  
gar keine Rolle gespielt. Man hat sie einfach als selbstverständ-  
lich beibehalten. Und während jetzt in Frankreich die Kammer

mit fast vierfacher Mehrheit eine Zollherabsetzung bei den viel  
teureren Preisen verweigert, lassen sich bei uns viele durch das  
Geschrei über Brotwucher ins Bodshorn jagen. Das Beispiel  
Frankreichs sollte ihnen zu denken geben.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. In Gegenwart des Kaisers wurde  
am Sonnabend auf dem Rathausmarkt in Hamburg das Denk-  
mal Kaiser Wilhelm des Großen enthüllt. Beim Festmahle im  
Ratskeller hielt der Kaiser eine bemerkenswerte Rede. Rhetorisch  
formvollendet, fann ihr Inhalt durchweg nur sympathisch berühren.  
Ausgehend von Kaiser Wilhelm I., seiner Eigenart und seinen  
Verdiensten, richtete er die Mahnung an unsere Jugend, das  
jetzige Reich nicht als etwas Selbstverständliches hinzunehmen,  
sondern stets daran zu denken, was es gekostet habe, bis es er-  
reicht gewesen sei, und hieran schloß sich der Ausblick auf die  
Zukunft Deutschlands. Durch die Rede ging ein zuversichtlicher  
Optimismus. Der Kaiser ist der Ansicht und der festen Ueber-  
zeugung, daß uns eine große Zukunft bevorsteht.

— Der preussische Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben  
hat nach Beendigung seiner sechswoöchigen Rundreise durch die  
Bereinigten Staaten in New-York einem Vertreter des  
„L.A.“ gegenüber dankbar das Entgegenkommen und die herz-  
liche Gastlichkeit gerühmt, welche er von allen Seiten erfahren  
habe. Der Minister sagte u. a.: Der Gesamteindruck, den ich  
empfang, ist, daß sich auf Grund des natürlichen und überall zu  
tage tretenden Reichtums des Landes, namentlich an Kohlen und  
Eisenerzen, hier eine Industrie entwickelt hat, die durch einen  
Massenabzug von überaus großen Dimensionen gerade im eigenen  
Land gefördert wird und auf ihrem Vormarsch nicht rasten  
wird, denn in jedem Industriezentrum sieht man, wie alte  
Fabrikanlagen erweitert und neue gebaut, modernere Arbeits-  
methoden eingeführt werden. Besonders lehrreich und für uns  
nachahmenswert erscheint mir auf industriellem Gebiete die Spe-  
zialisierung der Fabrikation und die Verwendung überraschend zeit-  
ersparender Maschinen, welche die Produktionskosten verringern.  
Andererseits liegt, wie ich neulich Gelegenheit nahm, hier aus-  
zusprechen, unsere eigene unbestreitbare und wohl gleichwertige  
Stärke in der wissenschaftlichen Vertiefung der Industrie, der  
Güte des verwendeten Materials und in der Präzision der Arbeit.  
Ferner fühlte ich gerade hier, wo die Arbeiterfrage als brennende  
im Vordergrund des Interesses steht, den Segen der Arbeiter-  
versicherung.

— In Köln hat der deutsche Arbeitgeber-Verein für  
das Baugewerbe in Köln und Umgebung fast einstimmig beschlossen,  
wegen des jetzt 13 Wochen dauernden Ausstandes der Berpuger  
und Jüger, sämtliche im Baugewerbe beschäftigten Berpuger,  
Jüger, Maurer, Handlanger, Plattenleger und Erbarbeiter vom  
Freitag, den 26. d. M., an auszusperrn, bis die Arbeit-  
nehmer sich mit den im Baugewerkeverein festgesetzten Bedingungen  
einverstanden erklärt haben.

— Die Polen haben es fertig gebracht, bei den jetzigen  
Reichstagswahlen die bisher anerkanntswerte Ruhe  
und Ordnung durch einen schweren Exzeß zu kompromittieren.

Am Sonntag kam es, einer Meldung des Gemeindevorstandes  
von Laurahütte in Oberschlesien zufolge, in einer dortigen Zentrum-  
Wählerversammlung zu Unruhen. Angehörige der groß-  
politischen Partei drangen in den Saal ein und verübten ver-  
derblichen Vandalismus, das Sicherheitsbedürfnis einschreiten und von  
der Waffe Gebrauch machen mußte. Auf beiden Seiten wurden  
zahlreiche Personen verwundet, eine Person wurde getötet. Nach  
privaten Meldungen haben die Ruhestörer die Fenster des Pfarr-  
hauses, des Hüttenamts, des Hütten-Gasthauses und Kinos  
sowie mehrerer Privatgebäude zertrümmert. Um Mitternacht traf  
aus Deutchen Militär ein, welches aber nicht mehr einzuschreiten  
brauchte, da die Ruhe bereits wieder hergestellt war.

— Rußland. Der russischen Geheimpolizei ist es gelun-  
gen, in Kiew einen außerordentlichen Gang zu tun durch die  
Verhaftung Gerschunins, eines Hauptagitators der  
revolutionären Bewegung Rußlands. Gerschunin ist jüdischer  
Konfession, sehr gebildet und verhältnismäßig jung. Soviel in  
eingeweihten Kreisen bekannt ist, war er der Organisator der  
politischen Morde an Bogolepov, sowie an dem früheren Minister  
des Innern Sijagin. Er war mit Karpowitsch und auch mit  
dem Mörder Sijagins befreundet.

— Serbien. In Serbien empfindet man die strenge  
Kritik des Auslandes über die Mordtaten stellenweise recht pein-  
lich. Der Minister des Auswärtigen Katowitsch hat sich über die  
Abberufung des englischen Gesandten, der am Dienstag auch  
wirklich abgereist ist, sehr erregt ausgesprochen mit dem Hinweis  
darauf, daß die Revolution von Heer und Volk gebilligt werde,  
die provisorische Regierung dem Verbrechen fern gestanden und  
nur ihre Schuldigkeit getan habe, indem sie dem Lande Ordnung  
und Ruhe erhielt. Der Justizminister will dem König als erste  
Vorlage einen Amnestie-Vorschlag für politische Vergehen unter-  
breiten, und in einem aus Offizierskreisen stammenden Zeitungs-  
artikel wird das monarchische Prinzip warm in Schutz genommen  
und ausgeführt, die Ereignisse des 11. Juni seien dadurch verursacht  
worden, daß König Alexander diesem Prinzip wiederholt zuwider  
gehandelt habe. Trotz dieser Beschönigungsversuche hält sich auch  
das übrige diplomatische Korps zurück und hat durch den Doyen  
bittern lassen, mit Einladungen zu den Einzugsfestlichkeiten des-  
schont zu werden. Schwerer noch werden die Gemüter betrübt  
durch Rußlands Verlangen nach Bestrafung der Mörder. Der  
Zar hat den neuen König zwar anerkannt; die jetzt im Wort-  
laute vorliegenden Ermahnungen des „Regierungsboten“ lassen,  
aber keinen Zweifel über den Ernst der Auslassung. Die  
Empörung hat sich auch am Montag in feindseligen Demon-  
strationen des Publikums gegen serbische Offiziere, die sich in  
einem St. Petersburg Bergnügungshotel zeigten, kundgegeben.  
Und in Belgrad sollen die Offiziere sich schon darüber besprochen  
haben, was zu geschehen habe, wenn der König die Bestrafung  
der Mörder doch nicht umgehen könnte. Sie haben angeblich  
beschlossen, in dieser Hinsicht alles aus dem Wege zu räumen,  
was dem neuen Könige möglicherweise Verlegenheit bereitet.  
Oberst Mischitsch, der bekanntlich einer der Hauptanführer des  
Anschlages war, soll sich gar bereit erklärt haben, sich zu ergeben,  
falls dadurch die Sache geklärt werden könne. Der neue König  
hat inzwischen unter sehr unangebrachten Ovationen des Senfer